

Trump darf nicht von der Energiewende ablenken

In Europa fügt sich die Verfolgung klimaorientierter Ziele nahtlos in das strategische Ziel der Förderung der Unabhängigkeit ein

Börsen-Zeitung, 5.7.2025
Trotz der fragwürdigen Entscheidungen des derzeitigen US-Präsidenten und des Mangels an reichlich vorhandenen lokalen fossilen Ressourcen sieht sich Europa gezwungen, seine Energiewende zu be-



Philippe Garrel
Managing Director
Energy Transition
Fonds bei Sienna
Investment
Managers

schleunigen. Ein anhaltendes Engagement, das sich jedoch noch in der Anfangsphase befindet. Eine langfristige Umstellung, die die massenhafte Elektrifizierung von Nutzungen beinhaltet.

„Drill, Baby, Drill.“ Donald Trump liebt Kohlenwasserstoffe und hat während seines Wahlkampfes kein Geheimnis daraus gemacht. Vom ersten Tag seiner Rückkehr ins Amt an ist seine Entscheidung, den „nationalen Energie-Notstand“ auszurufen, fossile Brennstoffe zu bevorzugen und aus dem Pariser Abkommen auszutreten – zweifellos eine schlechte

Nachricht für den Planeten. Und für Europa? Die Europäische Union (EU) ist sicherlich immer noch von fossilen Brennstoffen abhängig. Nur 10% des in der EU verbrauchten Gases wird vor Ort produziert und Europa importiert 97% seines Ölverbrauchs. Die Bemühungen um eine Dekarbonisierung haben sich jedoch als wirksam erwiesen. Kohle ist praktisch aus dem Energiemix verschwunden und der Verbrauch von Kohlenwasserstoffen nimmt allmählich ab.

Dies ist nicht das Ergebnis von Zufällen oder wirtschaftlichen Bedingungen. Seit zwei Jahrzehnten setzt Europa schrittweise auf eine Strategie der Energiewende. Seit der Einführung des CO₂-Marktes im Jahr 2005 und der anschließenden Einführung des „Green Deal“ durch die Kommission im Jahr 2019, der bis 2050 CO₂-Neutralität anstrebt, ist die Konsistenz der auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen bemerkenswert.

Vor allem der Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 hat das Bewusstsein der europäischen Staats- und Regierungschefs zweifellos geschärft. Während die Energiekrise nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine die Verwundbarkeit Europas deutlich machte, schlug die EU im Mai 2022 mit ihrem Plan „REPowerEU“ zurück, einem ehrgeizigen Text, der darauf abzielt, die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu verringern.

Ein Budget von 210 Mrd. Euro wurde mobilisiert, um die Infrastruktur zu mo-

dernisieren und Innovationen zu fördern. Dies ist sowohl eine kurzfristige Reaktion auf die Krise als auch ein strategischer Hebel, um die Stärke und Unabhängigkeit Europas zu sichern.

Zu den gesetzten Zielen gehört die Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien, um bis 2030 einen Anteil von 45% nachhaltiger Aktivitäten am Energiemix zu erreichen. Anschließend ist es Aufgabe jedes einzelnen Landes, unter Berücksichtigung seiner Versorgungskapazitäten, geografischen Gegebenheiten und historischen Gegebenheiten (für Gas, Wasserkraft, Kernkraft usw.) seinen strategischen Plan umzusetzen. Die Umsetzung allgemeiner Ziele auf europäischer Ebene kann nicht Teil eines einheitlichen Prozesses sein.

Es ist noch ein langer Weg

Um diese Energiewende zum Erfolg zu führen, ist die massive Elektrifizierung der Nutzung langfristig zweifellos der zentrale Hebel. Nur durch eine effektive Substitution können wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern. Fotovoltaik und Windkraft sind seit 2022 unbestreitbar die führenden Quellen der Stromerzeugung in Europa. Im Jahr 2023 erreichte die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen mit der Hinzufügung von Wasserkraft einen Rekordwert von 44,7% des Energiemixes. In Frankreich beispielsweise soll der Stromverbrauch bis 2050 um 40% gesenkt werden, wobei fossile

Brennstoffe im neuen Energiemix fast vollständig reduziert werden sollen.

Es ist noch ein langer Weg, und es wird in der Zwischenzeit nicht an Hindernissen mangeln. Die geopolitischen Nachrichten der vergangenen Wochen sind ein anschauliches Beispiel dafür. In Deutschland machten erneuerbare Energien im Jahr 2023 55% der gesamten Stromerzeugung aus, wobei die Windkraft 31%, Fotovoltaik 12% und Biomasse etwa 8% beitrugen. Laut dem deutschen Klimaplan 2050 besteht das Ziel darin, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65% gegenüber 1990 zu reduzieren und bis 2045 CO₂-Neutralität zu erreichen.

Der Anfang März von der Europäischen Kommission angekündigte 800-Mrd.-Euro-Verteidigungsplan wirkt im Kontext

der Spannungen mit der aktuellen US-Regierung über den Krieg in der Ukraine die Frage der Mittelverteilung auf. Die staatliche Förderung erneuerbarer Energien könnte folglich zugunsten vorrangiger Investitionen in die Rüstungsindustrie reduziert werden. Dies darf jedoch nicht die Bemühungen um die Energiewende untergraben, da der Klimaplan und das strategische Ziel der Unabhängigkeit für die Länder der Europäischen Union perfekt zusammenpassen. Andererseits zwingt der aktuelle geopolitische Kontext die Investoren dazu, bei der Auswahl der zu finanzierenden Projekte selektiver vorzugehen. Insbesondere durch die Bevorzugung von Projekten, die in das Funktionieren des Marktes integriert sind oder bereits Subventionen erhalten.

